

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 6. Juli 1973

Blatt 1338

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Gemeinderat

Lokal: Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Fortsetzung des Sitzungsberichtes

Debatte über Rechnungsabschluß

Wien, 6.7. (RK) Die Debatte über den Rechnungsabschluß wurde Donnerstag erst am späten Nachmittag begonnen, Gemeinderat M ü l l e r (DFP), der die Debatte eröffnete, nahm den vorliegenden Bericht zum Anlaß, an der Koordinierung der einzelnen Magistratsabteilungen Kritik zu üben. Ebenso warf er der Verwaltung verschiedene Fehlinvestitionen und zu geringe Sparsamkeit bei diversen Planungsvorhaben vor.

Gemeinderat W o l f r a m (FPÖ) kritisierte, daß der Kontrollamtsbericht sehr viel an seiner Schärfe früherer Jahre verloren habe. Der Bericht beschränke sich auf die Feststellung kleinerer Mängel und Fehlleistungen und versuche noch dafür Entschuldigungen einzubauen und die Mängel zu verharmlosen. Als Beispiel führte der Redner den Wohnungsbau an, der im Jahre 1972 seit dem 2. Weltkrieg den größten Tiefstand erreicht habe. Das Kontrollamt aber erkläre dazu, daß das Bauvolumen gleich geblieben sei. Das stimme aber nicht, erklärte der Redner. Er bemängelte auch den starken Rückgang an Ausgaben für den Sportstättenbau im Jahre 1972. Seine Fraktion werde dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen, hingegen dem Kontrollamtsbericht kündigte der Redner an.

Die seiner Meinung nach verfehlte Rücklagen- und Finanzpolitik der Rathausmehrheit stellte Dr. W ö b e r (VP) in den Mittelpunkt seines Debattenbeitrages. Noch immer weigerten sich die verantwortlichen Politiker der SPÖ, Einschau in die Rücklagenpolitik zu geben. Bei einer besseren Finanzpolitik wären alle Gebührenerhöhungen der letzten Jahren nicht nötig gewesen. Auch auf einem mittelfristigen Finanzplan warte man vergeblich.

Dem Gemeinderat sollten überdies vierteljährlich Zwischenberichte über die Einnahmenentwicklung vorgelegt werden. Dr. Wöber brachte einen diesbezüglichen Antrag ein.

Ein zweiter Antrag bezog sich auf das Kontrollamt. Es solle unmittelbar dem Landtag beziehungsweise Gemeinderat unterstellt werden.

Gemeinderat B u s t a (SPÖ) ging ausführlich auf die bedeutendsten Investitionen ein und nannte 1972 ein Jahr der Großbauten. Vor allem verwies er auf die bedeutenden Leistungen auf dem Schulbausektor, beim Krankenhausbau und bei Bauten im Interesse des Umweltschutzes. Wenn etwas krank sei an dieser Stadt, meinte der Redner, dann nenne er als Beispiel die Finanzgebarung beim Gesundheitsressort, die auch im Kontrollamtsbericht kritisiert werde.

Gemeinderat K r e n n (FPÖ) beschäftigte sich mit den Hilfsbetrieben, wie Fleischereien und Wäschereien, und richtete eine Anfrage an den Bürgermeister, ob die in einem Antrag vom 6. Juli 1972 von der FPÖ verlangte Überprüfung dieser Hilfsbetriebe überhaupt schon einer geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt wurde. Ferner stellte Krenn den Antrag, durch das Kontrollamt feststellen zu lassen, welche Hilfsbetriebe passiv arbeiten und durch billiger arbeitende Privatbetriebe ersetzt werden könnten.

Gemeinderat Dr. Peter M a y r (ÖVP) beschäftigt sich mit dem Wohnungsbau und erklärt, von 1969 bis jetzt seien etwa 44.000 Wohnungen fertiggestellt worden, obwohl von der SPÖ 65.000 Wohnungen versprochen worden seien. Für die Stadterneuerung seien auch bodenrechtliche Maßnahmen notwendig, doch werde das Bodenproblem insgesamt gern verzerrt dargestellt, weil beispielsweise die Genossenschaften in Wien etwa eine Million Quadratmeter Baugrund besäßen und auch die Reserven der Stadt sehr umfangreich seien. Als Manko in den peripheren Wohngebieten sei die Nahversorgung und im speziellen das Fehlen von Handwerksbetrieben zu bemängeln.

Sein Parteikollege Gemeinderat Dr. Macher wiederum beklagte das Fehlen eines Leitbildes für Wien, obwohl der Planungsstadtrat 1969 eine derartige Arbeit als die wichtigste seiner Geschäftsgruppe bezeichnet habe. Tatsächlich sei auch ein Gutachten von Prof. Jürgensen mit Investitions- und Finanzierungsplänen fertiggestellt worden, aber in den Schubladen verschwunden. Bei den Ausschreibungen wiederum zeige es sich, daß die Haushaltsordnung und die Budgethoheit des Gemeinderates mehrmals verletzt worden sei.

Gemeinderat S e e b ö c k (SPÖ) ging auf die Kritik des Kontrollamtes bei der Planung und beim Bau des Fleischzentrum St. Marx ein und meinte, die verspäteten Entscheidungen müßte der damals zuständige Stadtrat Dr. Prutscher, keineswegs aber die Beamtenschaft verantworten.

Gemeinderat G o l l e r (ÖVP) bezeichnete den vorliegenden Kontrollamtsbericht als sehr lückenhaft, und führte als Beispiel dafür verschiedene derzeit im Nahen Osten (Saudi Arabien) vom "Bauring" durchgeführte risikoreiche Projekte, wie etwa den Bau eines Militärflughafens und einer Straße, an. Seiner Meinung nach sollte sich diese Gesellschaft in erster Linie verschiedenen wichtigen Wohnbauprojekten in der Bundeshauptstadt widmen.

Gemeinderat H o f s t e t t e r (SPÖ) ging auf verschiedene im Laufe der Debatte erhobene Vorwürfe ein. Zum Kapitel Planung: Hier wären keineswegs zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung gestanden, denn von den 27,5 bereitgestellten Millionen seien tatsächlich nur 23 Millionen verbraucht worden. Zum Vorwurf, das Wohnbauprogramm sei verzögert worden: Die Stadtverwaltung habe, wie versprochen, die für die Errichtung von 65.000 Wohnungen notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt. Wenn trotzdem Verzögerungen eingetreten sein sollten, so sei die Ursache dafür vor allem in einem fehlenden Assanierungs- und Baulandgesetz zu suchen. Das Projekt "Hallenstadion" nannte Gemeinderat Hofstetter ein kühnes architektonisches Projekt, das seinesgleichen in Europa sucht. Die Volksbäder aus volksgesundheitlichen Gründen dennoch erhalten bleiben. Zu den Anschuldigungen der geschäftlichen Beziehungen des "Bauringes" im Nahen Osten: Bei größeren Gewinnchancen müsse eben auch ein größeres Risiko eingegangen werden.

Abschließend meinte der Debattenredner, dem vorliegenden Bericht könne eindeutig entnommen werden, daß innerhalb der Stadtverwaltung ordentlich und sauber gewirtschaftet worden sei.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat S c h w e d a auf die verschiedensten in der Debatte aufgeworfenen Fragen ein. Im besonderen beschäftigte er sich mit dem Vorwurf, daß die Wohnbautätigkeit in Wien in den letzten Jahren zurückgegangen sei. Er stellte dem gegenüber, daß der Wohnbau in Wien immer stärker unter der Bodenfrage leide. Und dieser Boden stünde nicht mehr im genügenden Ausmaß zur Verfügung, vor allem weil es bisher versäumt wurde, ein geeignetes Bodenbeschaffungsgesetz zu schaffen. Daß hier ein 70jähriges Versäumnis vorliege, bewies StR. Schweda an Hand einer Resolution des Österreichischen Städtetages aus dem Jahre 1903, in der ein unter Bürgermeister Dr. Lueger ausgearbeiteter Entwurf eines Enteignungsgesetzes gefordert wird.

In der Debatte war auch die Rücklagen- und Ertragszinspolitik der Stadt Wien zur Sprache gebracht worden. Dazu teilte der Berichterstatter mit, daß speziell an den Rechnungshof das Ersuchen ergangen sei, die Veranlagungspolitik der Stadt Wien zu prüfen. Und dieses Prüfungsergebnis werde man mit ruhigem Gewissen abwarten.

Was die Tätigkeit des Kontrollamtes betreffe, bekannte sich der Redner weiterhin zu solchen Kontrollen. "Im öffentlichen Bereich sind die Kontrollen eine absolute und unbedingte Notwendigkeit".

Abstimmung: mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ angenommen.

Die Abstimmung über den Kontrollamtsbericht erfolgte auf Grund eines DVP-Antrages in zwei Teilen. Mit Ausnahme jenes Teiles, der sich mit dem Bauring Wien beschäftigt, wurde er einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Feststellungen über den Bauring wurden nur mit den Stimmen der SPÖ gebilligt.

Zwei ÖVP-Anträge und ein FPÖ-Antrag, die im Verlauf der Debatte eingebracht worden waren, wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Stadtwerke: Rechnungsabschluß mit Gewinn

Stadtrat Franz N e k u l a (SPÖ) referierte sodann den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke: Erstmals sei seit zwanzig Jahren wieder ein Gewinn von 120,7 Millionen ausgewiesen. Da ursprünglich im Wirtschaftsplan für das Vorjahr die Tarifierhöhungen bei den Verkehrsbetrieben und E-Werken nicht berücksichtigt werden konnten, sei ein Verlust von rund 169 Millionen angenommen worden. Nur durch die Tarifierhöhungen sowie die Aufnahme bedeutender Fremdmittel seien die Stadtwerke in die Lage versetzt worden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Freilich müsse auch auf die Pensionsentlastung der Stadtwerke durch die Hoheitsverwaltung erinnert werden, ohne die der Rechnungsabschluß einen Verlust von rund einer Milliarde enthalten hätte. Ende des Vorjahres hätten die Stadtwerke ein Gesamtvermögen von rund 15 Milliarden aufgewiesen. Das Eigenkapital habe 6.350 Millionen und das Fremdkapital 8.699 Millionen ausgemacht. Insgesamt seien Investitionen für 1.870 Millionen vorgenommen worden.

Die E-Werke hätten gegenüber 1971 um 8,1 Prozent mehr Strom produziert. Die Verdoppelung des Stromverbrauches in Wien werde

in achteinhalb Jahren eintreten wofür Investitionen von rund 15 Milliarden erforderlich sein würden. Im Vorjahr seien jedenfalls die Produktionsanlagen der Wiener E-Werke wegen der spürbaren Trockenheit bis an die Gränze ihrer Leistungsfähigkeiten ausgenutzt worden. Die Eigenaufbringung an Strom habe bereits 68 Prozent ausgemacht. Der Erfolg der E-Werke für 1972 belaufe sich auf 217 Millionen. Außerdem sei eine steuerfreie Rücklage für Netzinvestitionen von 150 Millionen Schilling gebildet worden.

Die Umstellung auf Erdgasversorgung gehe zügig weiter, so daß im Vorjahr die direkte Erdgasabgabe bereits 137 Millionen Kubikmeter ausgemacht habe. Die gesamte Gasabgabe habe sich um 5,8 Prozent erhöht, wobei das Gros auf den Heizgassektor entfalle. Im Vorjahr wurden etwa 23.000 neue Gasheizungen genehmigt.

Die Verkehrsbetriebe hätten im Vorjahr eine Beförderungsleistung von 420 Millionen Fahrgästen erbracht und damit das Ergebnis des Jahres 1971 wieder erreicht. Der Umbau von Fahrzeugen auf schaffnerlosen Betrieb sei nicht zuletzt infolge des Personalmankos - Ende 1972 hätten rund 1.000 Bedienstete gefehlt - forciert worden. Auch die Umrüstung der städtischen Autobusse auf Flüssiggasmischbetrieb - von 395 Fahrzeugen seien bereits 267 umgebaut - sei fortgesetzt und damit ein Beitrag zur Luftreinerhaltung geleistet worden.

Abschließend wies Stadtrat Nekula noch darauf hin, daß die Städtische Bestattung im Vorjahr 23.766 Bestattungsfälle durchgeführt habe.

Debatte - Stadtwerkeabschluß

Gemeinderat Joachim M ü l l e r (DFP) erklärte, seine Partei könne dem Rechnungsabschluß der Stadtwerke nicht zustimmen. Er forderte eine Übernahme der Zinsenlasten der Stadtwerke durch die Hoheitsverwaltung und eine grundsätzliche Untersuchung darüber, ob die Einführung des Nulltarifs zur Erhöhung der Attraktivität der Verkehrsbetriebe beitragen könnte.

Gemeinderat K l e m e n t (FPÖ) erklärte für seine Partei zwar die Zustimmung zum Rechnungsabschluß, nannte diesen jedoch unübersichtlich und voller "gewundener Formulierungen", die die triste Lage der Stadtwerke, insbesondere der Verkehrsbetriebe nur kaschieren. Klement warf den Stadtwerken vor, daß sie nicht

rechtzeitig auf die Bedürfnisexplosion reagiert haben. Er plädierte für den anderswo schon längst funktionierenden Verkehrsverband, forderte eine intensive Werbung für die Massenverkehrsmittel und eine Erhöhung ihrer Attraktivität durch größere Reisegeschwindigkeit, zentrale Verkehrsleitstellen und Funkverbindung. Außerdem monierte Klement die schon einmal von seiner Partei geforderten Sanierung der desolaten Stadtbahnstationen der Gürtellinie.

Gemeinderat K o w a r s c h (ÖVP) meinte, daß trotz der positiven Bilanz der Wiener Stadtwerke Alarmzeichen vorhanden seien. Der Gewinn sei ein Scheingewinn, weil der Eigenkapitalanteil weiter geschwunden sei. Im einzelnen forderte er - wie er sagte, zum x-tenmal - den Rechnungsabschluß für die einzelnen Unternehmen, bei den E-Werken ein langfristiges Energiekonzept mit einem Finanzierungsplan und bei den Gaswerken eine verstärkte Erneuerung des alten Rohrnetzes. Der Rationalisierung bei den Verkehrsbetrieben stellte er ein gutes Zeugnis aus. Grundsätzlich übte er Kritik daran, daß es nicht gelungen sei, die Massenverkehrsmittel besser, schneller und bequemer zu machen. Seine Fraktion stimme dem Rechnungsabschluß zu.

Alle Unternehmen der Wiener Stadtwerke hätten einen wichtigen Beitrag zum weiteren Wachsen des privaten Wohlstandes geleistet, betonte Gemeinderat S c h r e i n e r (SPÖ). Trotz Energiekrisen in anderen Ländern und in anderen Städten habe man in Wien den Bedarf der Bevölkerung zufriedenstellend decken können. Den Verkehrsbetrieben fehle eine wichtige Voraussetzung: der echte Vorrang für den Massenverkehr. Nur durch eine Steigerung der Flüssigkeit des Massenverkehrs könne die Attraktivität erhöht werden. Alle anderen Voraussetzungen, wie moderner Wagenpark und Sicherheit seien bereits vorhanden.

Schlußwort

Im Schlußwort ging Stadtrat N e k u l a auf die weltweite Energiesituation ein. Er berichtete, daß derzeit ein Fünftel der Weltbevölkerung etwa die Hälfte der Energiereserven verbrauche. Es werde auf die Dauer notwendig sein, die Energiereserven zu rationalisieren, und das werde zwangsläufig über den Preis erfolgen, der schon derzeit von den erdöl- und erdgasproduzierenden Ländern bestimmt werde. Wie gut jedoch in Wien von den Stadt-

werken alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden seien, könne schon daran ermessen werden, daß seit 22 Jahren der Preis für Gas nicht erhöht habe werden müssen.

In diesem Zusammenhang kündigte StR. Nekula an, daß ein Energiekonzept für Wien im Rohentwurf ausgearbeitet worden sei und in absehbarer Zeit dem Gemeinderat vorgelegt werden könne.

Auf den Vorwurf von Versäumnissen bei den Verkehrsbetrieben eingehend, wonach in deutschen Städten angeblich mehr geleistet worden sei, erklärte der Berichterstatter: In Wien sind die Beförderungsleistungen noch immer weitaus höher als in deutschen Städten. In Wien wird die Straßenbahn 262 mal jährlich pro Kopf der Bevölkerung benützt gegenüber 200 mal in deutschen Städten.

Auf besondere Leistungen betreffend den Umweltschutz konnte schließlich StR. Nekula hinweisen: Bereits mehr als 40 Prozent aller Wiener Haushalte verfügen über umweltfreundliche Heizungen, die entweder mit Fernwärme beschickt oder mit Strom beziehungsweise Gas gespeist werden. Eine besondere Pionierleistung sei die Umstellung der städtischen Autobusse auf Flüssiggasmischbetrieb, die 1974 abgeschlossen sein wird. Der Ausstoß von Schadstoffen wird damit von 150 Tonnen jährlich auf 40 Tonnen gesenkt.

Diese Pionierleistung sei bereits von 57 Nahverkehrsunternehmen aus aller Welt in Wien studiert worden.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Landwirtschaftsbetrieb

Stadtrat N e k u l a (SPÖ) legte Verwaltungsbericht und Rechnungsabschluß des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien für 1971/72 sowie den Wirtschaftsplan 1973/74 vor.

Der Rechnungsabschluß schloß mit einem Verlust von 1,82 Millionen S. Zur Begründung der Verlustsituation führte der Stadtrat schlechte Witterungsverhältnisse, im besonderen große Trockenheit, verschiedene Investitionen sowie erhöhte Personalkosten und unterschiedliche Erträge in den Ökonomien an.

Der Wirtschaftsplan setzt für das Jahr 1973/74 einen Ertrag von 43,9 Millionen S an, wobei ein Gebarungsüberschuß von 18.000 S angenommen wird.

Gemeinderat Dr. T u m a (DFP) bezeichnete die angeführten Begründungen für den Verlust als fadenscheinig und reklamierte

die bereits im vorigen Jahr angekündigten Reformen im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien.

In seinem Schlußwort wies Stadtrat N e k u l a die erhobenen Vorwürfe als unsachlich zurück.

Abstimmung: Mit den Stimmen SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Dringlicher Antrag

Kurz vor 22 Uhr wurde noch der dringliche Antrag der DFP betreffend die vorzeitige Auflösung des Gemeinderates behandelt. Gemeinderat M ü l l e r begründete die Dringlichkeit damit, daß verschiedene große Projekte der Gemeinde nicht die ungeteilte Zustimmung der Bevölkerung fänden und daß man deshalb den Gemeinderat auflösen solle, um die Entscheidung der Bevölkerung über die Zukunft ihrer Stadt zu ermöglichen. Auch solle nach der Verfassung der Bürgermeister auf die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderates gewählt werden. Es wäre zweckmäßig, diese Einheit rasch wieder herzustellen.

Gemeinderat Dr. S t e m m e r (SPÖ) begnügte sich mit einem Satz: Eine Dringlichkeit sei nicht gegeben, da ohnehin morgen Freitag ein solcher Antrag zur Behandlung steht.

Abstimmung: nur die DFP für die Dringlichkeit, daher abgelehnt.

Kurz nach 22 Uhr - nach 12 Stunden Dauer - wird die Gemeinderatssitzung geschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

L o k a l :

=====

verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

naechtliche einengung der heiligenstaedter strasse

5 wien, 6.7. (rk) ab montag kommender woche wird nur in den nachtstunden die heiligenstaedter strasse im bereich der auffahrtsrampe der guertelbruecke eingeengt, weil der anschluss der auffahrtsrampe ebenfalls einen neuen belag erhaelt. die arbeiten werden ausschliesslich zwischen 20 und 6 uhr durchgefuehrt und haben zur folge, dass der verkehr richtung stadtauswaerts auf der ''falschen'' fahrbahnseite abgewickelt wird, waehrend stadteinwaerts eine umleitung ueber den aeusseren guertel und die nussdorfer strasse vorgesehen ist. die belagsarbeiten sollen am 23. juli abgeschlossen sein.

0843

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Auflösung des Wiener Gemeinderates beantragt

Wien, 6.7. (RK) Die SPÖ habe einen dringlichen Antrag auf vorzeitliche Selbstauflösung des Wiener Gemeinderates eingebracht, über den am Ende der Sitzung entschieden werde, gab Gemeinderat S c h r e i n e r als Vorsitzender zum Beginn der Sitzung bekannt.

Als Subvention der für die österreichische Akademie für Wissenschaften wurde vom Gemeinderat A s c h e r l (SPÖ) ein Betrag von 200.000 Schilling beantragt. Als einziger Debattenredner erklärte Gemeinderat M ü l l e r (DFP), seine Fraktion habe heute beantragt, alle Geschäftsstücke zu referieren, um aufmerksam zu machen, daß die Akteneinsicht für Gemeinderäte, die nicht der Koalition angehören überaus schwierig sei. Nachdem Gemeinderat Schreiner als Vorsitzender erklärte, er werde dem Magistrat ersuchen, den Wunsch zu entsprechen, wurde der Antrag zurückgezogen und die Subventionierung der Akademien für Wissenschaften einstimmig beschlossen.

Die Genehmigung für den Bau einer automatischen Verkehrslichtsignalanlage der Kreuzung Edelsinnstraße - Schwenkgasse, die Gemeinderat M i c h a l i c a (SPÖ) beantragte, nahm Gemeinderat Müller (DFP) zum Anlaß, auf die Schwierigkeit von Fußgängern hinzuweisen, künftig die Edelsinnstraße im Bereich der Altmannsdorfer Straße zu überqueren. Michalica sagte zu, das dieses Problem selbstverständlich geprüft werde. Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

Der Bau einer neuen Aufbahrungshalle im Südwestfriedhof um 17,2 Millionen Schilling, dem Gemeinderat Dr. G l a t z l (ÖVP) beantragt hatte, wurde ebenfalls mit Mehrheit genehmigt: M ü l l e r (DFP) hatte kritisiert, daß künftig eine Schnellstraße den Friedhof in zwei Teile schneiden würde.

Die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Schülerkarten aus dem letzten Schuljahr für das Schuljahr 1973/74 wurde sodann vom Gemeinderat S c h r e i n e r (SPÖ) beantragt, und damit begründet, den drohenden Kampfmaßnahmen der Lehrerschaft zu begegnen. Gemeinderat S t o c k i n g e r (SPÖ) erklärte, diese Maßnahme sei ein Beweis für die Kinderfreundlichkeit der Wiener Sozialisten, die schon seit über 50 Jahren international aner-

kannte Leistungen für Kinder und Jugendliche erbrächten. Leider seien die in Aussicht genommenen Kampfmaßnahmen der Lehrerschaft gegen die Kinder beziehungsweise Eltern gerichtet: Abstimmung: einstimmig angenommen.

Gemeinderat Dr. E b e r t (ÖVP) beklagte sodann in der Debatte über die vom Finanzstadtrat Schweda vorgelegte Subventionsliste über 2,4 Millionen Schilling den Umstand, daß zwar das Berufsförderungsinstitut eine Million Schilling erhalte, zwei andere Institutionen mit gleicher Zielsetzung jedoch leer ausgegangen seien: das Wirtschaftsförderungsinstitut und der Fonds der Wiener Kaufmannschaft, deren Schulen immerhin 6.000 Schüler unterrichtet würden, hätten doch den gleichen Anspruch auf eine Subvention. Er hoffe, ein neues Ansuchen werde nicht wieder abgelehnt. Im Schlußwort sagte Stadtrat S c h w e d a zu, einen neuen Antrag zu prüfen, ohne sich deshalb heute festzulegen. Abstimmung: einstimmig angenommen.

Gemeinderat A s c h e r l (SPÖ) beantragte für die Errichtung eines Bildhauerateliers für Prof. Wotruba im 2. Bezirk in der Rustenschacherallee (Kostengesamterfordernis 4,3 Millionen), eine erste Baurate in der Höhe von einer Million.

Gemeinderat Prof. W o l f r a m (FPÖ) lehnte den vorliegenden Antrag als eine Kunstförderung eines bereits arrivierten Künstlers ab. Die Stadt Wien sollte sich statt dessen mehr der Förderung von jungen Künstlern widmen.

In seinem Schlußwort unterstrich Gemeinderat A s c h e r l (SPÖ) die besonderen Leistungen und Verdienste von Prof. Wotruba um Wien. Was die Nachwuchsförderung betreffe, so gebe es dafür in Simmering ein eigenes Atelier, das ausschließlich jungen Künstlern vorbehalten ist. Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Mit dem Ausbau eines für die WIG 74 sehr wichtigen Straßenzuges (Ludwig von Höhnel-Gasse - Endlichergasse - Theodor Sickel-Gasse) beschäftigte sich ein Antrag, den Gemeinderat D e u t s c h (SPÖ) referierte. Die voraussichtlichen Kosten dafür betragen 6 Millionen Schilling.

Gemeinderat A r t h o l d (ÖVP) nahm diesen Antrag zum Anlaß, Kritik an der Gesamtplanung des Laaerberges zu üben. Er sprach in diesem Zusammenhang von Planungsunsicherheiten, sprach sich für eine bessere Koordinierung und reklamierte ein Gesamtkonzept für dieses wertvolle Erholungsgebiet der Wiener. Abstimmung: einstimmig angenommen.

Für das Theater an der Wien beantragte Gemeinderat A s c h e r l (SPÖ) eine Nachtragssubvention in der Höhe von 10,6 Millionen Schilling. Die Notwendigkeit dafür hatte sich infolge erhöhter Personalkosten, eines erhöhten Sachaufwandes sowie des Mindererlöses aus dem Kartenverkauf ergeben.

In seinem Debattenbeitrag warf Gemeinderat W o l f r a m (FPÖ) die Frage auf, ob denn die Theater an der Wien Ges.mBH überhaupt noch liquid sei. Seiner Meinung nach wären die Ursachen für die nachträglichen Subvention vor allem in den schlechten Stücken und Inszenierungen zu suchen.

Gemeinderat Ascherl (SPÖ) wies in seinem Schlußwort entschieden die aufgestellten Behauptungen zurück. Das Theater an der Wien liege, verglichen mit den Theatern anderer Bundesländer, mit seinem Einspielergebnis von 45,3 Prozent weit im Spitzenfeld.
Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und DFP genehmigt.

Der von Gemeinderat Ing. H o f s t e t t e r (SPÖ) vorgelegte Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im Bereich des Zentraltanklagers Lobau veranlaßte Gemeinderat S c h e m e r (SPÖ) darauf hinzuweisen, daß damit das Versprechen, die Lobau als Erholungsgebiet für Wien zu sichern, erfüllt werde. Lange Verhandlungen mit der ÖMV seien notwendig gewesen, um einen Teil des Industriegebietes nun wieder in den Wald- und Wiesengürtel einzugliedern. Allerdings könnten nicht mehr alle Eingriffe der Machthaber des 1000jährigen Reiches rückgängig gemacht werden. Gemeinderat Joachim M ü l l e r (DFP) entgegnete, daß man sich zwar betreffs Tanklager auf das 1000jährige Reich ausreden könne, aber die Stadt Wien selbst durch die Errichtung des Kraftwerkes am Steinsporn neues Industriegebiet geschaffen habe. Gemeinderat Dr. Zörner (ÖVP) bemängelte, daß bisher noch immer für die Lobau kein Vollnaturaerschutz erlassen worden sei. In seinem Schlußwort erläuterte Gemeinderat Ing. H o f s t e t t e r , daß mit dem jetzigen Beschluß 29 Hektar Fläche wieder in den Wald- und Wiesengürtel kommen. Was die Fläche betreffe, die vom Kraftwerk beansprucht wird, so sei damit keine Aulandschaft verloren gegangen, da sich dort ein zersiedeltes Gebiet befunden hätte.
Abstimmung: einstimmig angenommen.

Eine weitere Abänderung und Neufestsetzung im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan betrifft ein Gebiet in Wien 23, Liesing. Gemeinderat Dr. M a c h e r (ÖVP) erläuterte als Berichterstatter, daß

damit ein wichtiges Verkehrsprojekt verwirklicht werden könne: Eine Überbrückung des Eisenbahngeländes und damit Ausbau der Breitenfurter Straße. Das Herzstück dieses Projektes sei aber die Errichtung eines Park- und Ride-Systems am Bahnhof Liesing. Gemeinderat N e u s s e r (ÖVP) detaillierte in der Debatte, daß mit der Überbrückung des Bahngeländes eine günstigere Straßenverbindung aus diesem Bezirk zur Stadtmitte ermöglicht werde. Mit dem Bau von 340 Autoabstellplätzen am Bahnhof Liesing werde erstmals in Wien das Park- und Ride-System praktiziert werden. Der Redner reklamierte bei dieser Gelegenheit einen Generalverkehrsplan für Wien sowie einen Verkehrsverbund mit Niederösterreich und dem Burgenland. Auf Vorwürfe, daß bei der jetzigen Reparatur der Gürtelbrücke ungenügende Vorkehrungen getroffen worden seien, entgegnete Gemeinderat Ing. N e d w e d (SPÖ), daß die Reparatur wohl überlegt jetzt im Sommer gemacht werde, weil das Autoaufkommen um mindestens 30 Prozent geringer sei. Stadtrat H e l l e r habe überdies bei den Baufirmen eine raschere Beendigung der Bauarbeiten durchgesetzt. Abstimmung: einstimmig angenommen.

Den Antrag von Gemeinderat Michalica (SPÖ) für ein Verkehrsprojekt den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in Bereichen von Atzgersdorf und Erlaa zu ändern, nahm Gemeinderat Dr. T u m a (DFP) zum Anlaß, um Befürchtungen auszusprechen, daß durch diesen Straßenbau hundert alte Bäume gefällt werden müßten und Teile des Schlosses Erlaa gefährdet wären. Der Berichterstatter entgegnete, daß das nicht stimme: Der Baumbestand bleibt ebenso erhalten wie das Schloß samt dem Gärtnerhaus. Überdies würde das in Frage kommende Gebiet als ländliches Gartenbaugebiet erhalten bleiben: Abstimmung: ÖVP und SPÖ dafür.

Zu dem von Gemeinderat Ing. H o f s t e t t e r (SPÖ) vorgelegten Antrag, den Architekten Gustav Peichl mit der Ausarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungsplanes für Grinzing zu betrauen, meldete sich abermals Gemeinderat Dr. Tuma (DFP) zu Wort: Er schlug vor, bei der Planerstellung auch die Wünsche der betroffenen Bevölkerung zu berücksichtigen. Der Berichterstatter sicherte geeignete Schritte in dieser Richtung zu. Abstimmung: einstimmig angenommen.

Gemeinderat Maria S z ö l l ö s i (SPÖ) beantragte die Bereitstellung der für den Betrieb der Wiener Pensionistenklubs sowie für die Errichtung von vier neuen Klubs notwendigen Mittel: insgesamt 12,7 Millionen Schilling.

Gemeinderat L e h n e r (ÖVP) stellte zwar einerseits den Pensionistenklubs ein gutes Zeugnis aus, meinte aber andererseits, daß die Frequenz der Klubs noch immer viel zu gering sei. Er wiederholte die von der ÖVP schon des öfteren aufgestellte Forderung, auch die privaten Pensionistenklubs zu subventionieren. Die Befragungsaktion der älteren Mitbürger Wiens gehe auf eine Anregung der ÖVP zurück, die die SPÖ nun zu ihrer eigenen Initiative gemacht habe. In das Zentrum seiner Kritik stellte er die Tatsache, daß viele Pensionistenklubs in SPÖ-Parteilokalen untergebracht sind. Investitionen für die Pensionistenklubs kämen daher auch der Parteikasse der SPÖ zugute.

Diese Behauptung stellte Stadtrat Maria J a c o b i entschieden in Abrede. Pensionistenklubs seien auch in Lokalen der ÖVP untergebracht. Die zur Verfügung gestellten Beträge würden von Beamten genau berechnet und seien lediglich ein Entgelt für auflaufende Kosten. Von der bloßen Subventionierung der freien Verbände halte sie nichts. Die Zusammenarbeit mit diesen Verbänden, die zur Zeit auf Verrechnung für Leistungen beruhe, sei wesentlich effizienter. Die Pensionistenbefragungsaktion sei kein Novum, das auf Initiative der ÖVP zurückgehe. Bereits im Jahre 1968 habe es eine ähnliche Aktion gegeben.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Antrag auf Auflösung

Gemeinderat Dr. S t e m m e r (SPÖ) brachte sodann den dringlichen Antrag betreffend die vorzeitige Auflösung des am 27. April 1969 gewählten Gemeinderates ein. Stemmer begründete die Dringlichkeit damit, daß die Stadt Wien nach der Neuwahl des Bürgermeisters möglichst bald wieder einen Gemeinderat haben müsse, der zu fruchtbarer Arbeit zurückkehren kann.

Dem Antrag Stemmers wurde vom Gemeinderat einstimmig die dringliche Behandlung zugesprochen.

Gemeinderat Dr. Stemmer begründete dann das Verlangen nach vorzeitiger Auflösung des Gemeinderates im wesentlichen mit folgenden Punkten:

- o Die wichtigsten Vorhaben der Funktionsperiode des Gemeinderates sind beendet oder in Vollendung.

- o Der Bevölkerung soll möglichst bald ein konkretes Wahlprogramm vorgelegt werden.
- o Dem neugewählten Bürgermeister soll möglichst bald sein Mandat im Gemeinderat gesichert werden.
- o Die Wahlwerbung soll nun in der Öffentlichkeit und nicht im Gemeinderat stattfinden.

Gemeinderat Joachim Müller (DFP) fand die Begründung des SPÖ-Antrages zwar dürftig, stimmte jedoch der Auflösung grundsätzlich zu.

Für die Freiheitlichen erklärte Gemeinderat Dr. Hirnschall, für die Selbstauflösung des Gemeinderates seien ausschließlich parteitaktische Gründe der SPÖ ausschlaggebend. Die simplen Überlegungen lauteten etwa: ein neuer Bürgermeister mit einem guten Image soll von der vorhandenen Misere rasch ablenken und die Neuwahlen über die Bühne gehen, bevor ruchbar werde, daß am System selbst keine Änderungen eintreten. Dabei sei es für die SPÖ geradezu ein Glücksfall gewesen, daß von der Wiener ÖVP gleichsam in heiliger Einfalt auch vorzeitige Neuwahlen verlangt wurden und damit der SPÖ Gelegenheit gegeben war, den Koalitionspartner noch gefällig zu sein. Aus dem Grund seien Klagen, der Rechnungshofbericht liege ja noch nicht vor, unangebracht. Auch den Freiheitlichen wäre es lieber gewesen, dieser Bericht wäre schon veröffentlicht, damit die Wähler wissen, was wirklich passiert ist. Und zwar sollte nicht nur der Bericht über die Hoheitsverwaltung, sondern ebenso über die Hafenverwaltung und die Zentralsparkasse bekannt sein.

Die von den Sozialisten angegebenen Gründe für die Vorverlegung der Wahl seien nicht ganz ernst zu nehmen. Er jedenfalls fuhr Hirnschall fort, habe vergebens diesmal auf die Begründung des Jahres 1969 gewartet, die Selbstauflösung sei zweckmäßig, weil das Wahlprogramm schon erfüllt sei. Denn beim besten Willen könne man diesmal diese Behauptung nicht aufstellen. Es wäre völlig aussichtslos, von den 65.000 versprochenen Wohnungen anzunehmen, sie würden bis zum nächsten Frühjahr vorhanden sein, denn die Wohnbauleistung Wiens sinke bestimmt und habe im Vorjahr knapp 10.000 Wohnungen ausgemacht. Auch auf dem Spital- und Sportsektor seien die Versprechungen nicht erfüllt worden. Obwohl die Begründung für die vorzeitigen Wahlen nicht stichhältig sei,

würden die Freiheitlichen der Selbstauflösung des Gemeinderates zustimmen, weil sie die Wähler nicht zu fürchten hätten.

Als letzter Redner nahm Gemeinderat Dr. H a b l für die ÖVP zu dem dringlichen Antrag Stellung: Vorzeitige Neuwahlen seien nicht nötig (warum sie Abg. Hahn verlangt? rief Windisch (SPÖ) dazwischen). Hahn habe nicht ausdrücklich Neuwahlen verlangt, sondern erklärt, es sollten Wahlen abgehalten werden, sobald der Rechnungshofbericht vorliege ("Ein Märchen", "Er sprach von vorzeitigen Wahlen" tönte es aus den SPÖ-Reihen). Habl dazu: Hahn habe keinen Termin genannt.

Die derzeitige politische Situation Wiens sei durch die Krise in der SPÖ und der Rathausfraktion gekennzeichnet. Dies beweise auch die Tatsache, daß in einer Legislaturperiode bereits der dritte Bürgermeister gewählt worden sei. Überdies scheine jemand Angst vor dem Rechnungshofbericht zu haben. Die Wähler jedenfalls könnten die Verwaltung besser beurteilen läge dieser Bericht schon vor. Der neue Bürgermeister Gratz sei kommunalpolitisch ein unbeschriebenes Blatt und habe auch noch keine Gelegenheit gehabt, Taten zu setzen. Aber ihm unterstünde der gesamte Apparat des Magistrates, der verstärkt für Propaganda eingesetzt werde. Dies zeige die Zeitung "wien aktuell", die ihn schon im Juni gelobt und damit für ihn Propaganda gemacht habe. Zudem sei es nicht Aufgabe einer gemeindeeigenen Zeitschrift, Zensuren auszuteilen und Politiker zu loben. Dies habe mit Information, wie sie der Bürgermeister gestern selbst verlangt habe, nichts zu tun, sondern sei Parteipropaganda. Eine solche einseitige Wahlwerbung gehöre jedoch keinesfalls zu den Aufgaben des PID. Weil diese vorzeitigen Neuwahlen zwar nicht nötig, aber zweckmäßig seien, werde die Volkspartei der Selbstauflösung des Gemeinderates zustimmen.

Der Antrag wurde vom Vorsitzenden dem Gemeinderatsausschuß X zugewiesen. Über diesen Antrag wird am kommenden Freitag, dem 13. Juli, formal vom Wiener Gemeinderat entschieden werden.

(Ende des Sitzungsberichtes)